

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Sennestadt
am 17.01.2013

Tagungsort: "Bürgertreff" des Sennestadthauses
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 20:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Annette Dehmel
Herr Holger Nolte
Herr Frank-Michael Sprungmann
Herr Eduard Thiessen

SPD

Frau Brigitte Biermann
Herr Stefan Fleth
Frau Elke Klemens
Herr Karl Heinz Masmeier
Herr Markus Müller
Herr Lars Nockemann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dr. Ulrich Schumacher

BfB

Frau Karin Jakusseit

FDP

Frau Gudrun Metzger

Die Linke

Herr Ralf Formanski

Verwaltung

Ulrich Fidler
Eberhard Grabe
Georg Müller
Frau Christina Schwabedissen
Herr Rolf Wisotzky

Nicht anwesend:

CDU

Herr Peter Kramer

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Klemens begrüßt die Mitglieder der Bezirksvertretung und wünscht allen ein gutes Neues Jahr 2013. Dann stellt sie die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung fest.

Zur Tagesordnung teilt Frau Klemens mit, dass der Tagesordnungspunkt 6 „HSKplus-Maßnahme für den Haushalt 2014; hier: Aufgabe bisher vom Bezirksamt Sennestadt genutzter Büro-, Keller- und Archivräume im Sennestadthaus und Umzug von Mitarbeiterinnen“ vom Oberbürgermeister zurück gezogen wurde und deshalb von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Ferner bittet sie darum, den Ablauf der Tagesordnung flexibel zu gestalten.

Damit sind alle Mitglieder der Bezirksvertretung einverstanden.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Sennestadt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

- a) **Herr Donath**, ehemaliges Mitglied der BV Sennestadt, bringt zunächst seine Freude darüber zum Ausdruck, dass der Tagesordnungspunkt 6 nicht mehr verhandelt werden muss.

Ferner teilt er mit, dass er sich erlaubt habe, allen BV-Mitgliedern ein Faltblatt auf den Tisch zu legen, mit dem für eine Mitgliedschaft beim Bielefelder Sozialfonds geworben wird. Der Bielefelder Sozialfonds sei u. a. gegründet worden, um z.B. die Altersarmut, die es auch in Bielefeld gebe, ein wenig lindern zu helfen.

Herr Donath fragt dann noch an, wann denn das kaputte Schild am Sennestadtring, das ursprünglich einen Hinweis auf das Projekt „Stadtumbau Sennestadt“ enthalten habe, endlich beseitigt werde.

- b) **Frau Kuhlmann** fragt, wie es um die Schneeräumpflichten im öffentlichen Raum bestellt sei.

Als Beispiel führt sie dazu die nur wenig geräumte breite Fläche vor einigen Häusern an der Vennhofallee an. Von den Geschäftsinhabern habe sie die Auskunft erhalten, dass es Sache der Stadt Bielefeld sei.

Sie fragt weiter, wie es sich mit der Zuständigkeit zur Schneeräumung auf den Fußwegen an den Landstraßen – hier: Verler Straße und Sender Straße – verhalte. Auch hier seien die Wege nicht oder nur schlecht geräumt gewesen.

Herr Grabe sagt zu, der Sache nachzugehen. Aus dem Stegreif könne er dazu heute keine Antwort geben.

- c) **Herr Dr. Schwindt** moniert die Lärmschutzmaßnahmen an der A33, die an dem jetzt frei gegebenen Teilstück zwischen Senne und dem Ostwestfalendamm wesentlich besser seien als an dem Teilstück, das durch den Stadtbezirk Sennestadt - Ortsteil Heideblümchen - führe. Er frage, was getan werde könne, um auch in Sennestadt den Lärmschutz zu verbessern. Das gelte im Übrigen auch für das Teilstück der A2 im Bereich Senner Hellweg.

Herr Grabe teilt dazu mit, dass der Bund grundsätzlich nur das baue, was gesetzlich vorgeschrieben sei. Auch die Senner Bürger, die in der Nähe der A33 wohnen, hätten seinerzeit auch noch mehr Lärmschutz gefordert, aber nicht bekommen.

Herr Dr. Schwindt teilt seine Meinung mit, wonach die Bevölkerung es nicht akzeptieren sollte, dass Lärmschutz unterschiedlich bewertet werde.

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 30. Sitzung der Bezirksvertretung Sennestadt am 29.11.2012

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Herr Grabe macht folgende Mitteilungen:

3.1 Klassenbesetzungsübersicht 2012/2013

Ein Auszug der Klassenbesetzungsübersicht für den Stadtbezirk Sennestadt für das Schuljahr 2012/2013 ist an alle BV-Mitglieder verteilt worden. Die gesamte Übersicht für ganz Bielefeld kann als CD beim Bezirksamt Sennestadt ausgeliehen werden.

3.2 Wohnungsmarktbericht 2012

Ein Auszug aus dem Wohnungsmarktbericht 2012 für den Stadtbezirk Sennestadt ist an alle BV-Mitglieder verteilt worden.

3.3 Informationsveranstaltung für die Eltern 4jähriger Kinder

Auf Grund des Schulrechtsänderungsgesetzes von 2003 sind die Kommunen verpflichtet, Informationsveranstaltung für die Eltern 4jähriger Kinder durchzuführen.

Diese Veranstaltung findet dieses Jahr am 09.03.2013 in der Zeit von 11.00 bis 13.00 Uhr im Großen Saal in der Ravensberger Spinnerei statt. Die betroffenen Eltern erhalten dazu im Januar 2013 eine schriftliche Einladung.

Zu Punkt 4

Anfragen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Zu Punkt 4.1

Beschilderung der öffentlichen Fuß- und Radwege

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 5184/2009-2014

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort des Umweltbetriebes vor, die auch an alle BV-Mitglieder verteilt worden ist.
Sie lautet:

„Die kommunalen Winterdienstpflichten ergeben sich aus dem Straßenreinigungsgesetz (StrReinG) NRW sowie der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. Danach besteht eine Haftung auslösende Pflicht zum Winterdienst auf allen verkehrswichtigen Gehwegen innerhalb der geschlossenen Ortslage. Kein echtes, jederzeit zu befriedigendes Verkehrsbedürfnis (und damit keine Winterdienstpflicht) besteht auf Wegen in Park- und Grünanlagen, die lediglich Abkürzungsfunktion haben.

Die beschriebenen Schilder bzgl. Winterdienst sind insofern auch keine offizielle Beschilderung nach der Straßenverkehrsordnung. Sie werden vom Umweltbetrieb nur auf Wegen aufgestellt, die weder gewidmet noch verkehrswichtig im Sinne der privatrechtlichen Verkehrssicherungspflichten sind. Diese Schilder dienen hier nur als zusätzliche Warnung und können nicht von vorhandenen Verkehrssicherungspflichten und möglichen Schadenersatz-ansprüchen befreien.“

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6

HSKplus Maßnahme für den Haushalt 2014, hier: Aufgabe bisher vom Bezirksamt Sennestadt genutzter Büro-, Keller- und Archivräume im Sennestadthaus und Umzug von Mitarbeiterinnen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

abgesetzt

-.-.-

Zu Punkt 7

Bahnübergang Bleicherfeldstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4815/2009-2014

Herr Wisotzky berichtet zur Vorlage.

Frau Klemens unterbricht die Beratung des Tagesordnungspunktes und lässt die Einwohnerfragestunde (TOP 1) wieder aufleben, weil etliche Bürger im Saal anwesend sind, die zu diesem Tagesordnungspunkt Fragen haben aber nicht informiert waren, dass sie diese bei der Aufrufung des Tagesordnungspunktes 1 hätten stellen müssen.

Einwohnerfragestunde

a) Herr Daudel merkt an, dass der Bus immer die Möglichkeit habe, abzubiegen ohne auf den Gleisen zum Stehen zu kommen, weil zuerst die Ampel auf „Rot“ schalte und die Schranken sich erst später senken würden. Außerdem seien Busfahrer Berufskraftfahrer, die die Situation einschätzen können müssten.

b) Ein weiterer Herr bestätigt die Äußerungen von Herrn Daudel.

Nach diesen Wortmeldungen ruft Frau Klemens den aktuellen Tagesordnungspunkt 7 wieder auf.

Herr Wisotzky erläutert, dass die Ampel bzw. das Signallicht am Bahnübergang häufig nicht beachtet würden. Es habe Situationen gegeben, dass Fahrzeuge auf der Sender Straße so weit vorgefahren seien, dass aus der Bleicherfeldstraße nicht abgebogen werden konnte.

Diesen Ausführungen schließt sich eine Diskussion an.

Frau Biermann hält es im Sinne der betroffenen Anwohner für unzumutbar, diesen großen Umweg machen zu müssen, um in das Gebiet der Südstadt zu gelangen. Es sei erst recht über den langen Zeitraum unzumutbar, wenn man davon ausgehen müsse, dass die in der Vorlage vorgestellte Lösung frühestens 2014 kommen werde. Sie wünsche sich deshalb eine adäquate Zwischenlösung für diesen Zeitraum.

Frau Jakuseit stimmt den Äußerungen von Frau Biermann zu.

Herr Fleth teilt mit, er sei bisher der Meinung gewesen, dass die Änderung der Verkehrsströme an diesem Bahnübergang im Interesse des Betreibers der Bahnlinie (die Nord-West-Bahn) erfolgt sei. Er hält auch ein massiveres Vorgehen bei Rotlichtverstößen für geboten.

Ferner schlägt er vor, die Haltelinie auf der Sender Straße zu versetzen, um dadurch den Bussen das Ausfahren aus der Bleicherfeldstraße zu ermöglichen.

Herr Nolte erinnert daran, dass es zu dem Sachverhalt des Verbots des Linksabbiegens in die Bleicherfeldstraße einen gemeinsamen Antrag der Bezirksvertretung gegeben habe, dieses Verbot zurückzunehmen. Dieser Antrag sollte erneuert werden.

Frau Metzger hält den jetzigen Zustand ebenfalls für untragbar. Dennoch habe die Sicherheit an diesem Bahnübergang Vorrang.

Herr Müller hält den Vorschlag der Verwaltung für sehr gut. Er kritisiert aber die lange Zeitspanne bis zur Umsetzung der Maßnahmen. Auch er äußert die Bitte an die Verwaltung, eine Zwischenlösung anzubieten.

Herr Wisotzky berichtet, dass es an dieser Stelle schwierig sei, den Verkehr zu kontrollieren und Verstöße zu ahnden, da es technisch nicht möglich sei, an der Bahnampel Blitzgeräte zu installieren. Im Übrigen sei die Initiative zur Änderung der Fahrbeziehungen an diesem Bahnübergang von mobil ausgegangen. Der zeitliche Ablauf zur Umsetzung der Maßnahmen lasse sich aus technischer und finanzieller Sicht nicht früher regeln.

Es wird dann über die Vorlage abgestimmt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Sennestadt empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Bielefeld beschließt, den Bahnübergang Bleicherfeldstraße gemäß Variante 2 der Begründung umzubauen und eine BÜSTRA-Anlage nachzurüsten..

Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, eine adäquate Zwischenlösung bis zur endgültigen Baumaßnahme für den Bereich des Bahnübergangs Bleicherfeldstraße zu finden.

- einstimmig beschlossen -

...-

Zu Punkt 8

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. I/ St 50 "Wohnen und Arbeiten auf dem Schillinggelände" für das Gebiet Paderborner Straße, Altmühlstraße sowie 229. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) Baugesetzbuch
- Stadtbezirk Sennestadt -
- Aufstellungsbeschluss und Änderungsbeschluss
- Beschluss zur Einleitung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5160/2009-2014

Herr Fidler berichtet zuerst zur Vorlage und übergibt dann die Berichterstattung an Herrn Jung vom Büro Stadtkonzepte Jung, Köln, der die Detailplanung erläutert.

Dem Bericht schließt sich eine Diskussion an.

Herr Müller äußert sein Erstaunen darüber, dass die zukünftige Grundstücksgröße für die Wohnbebauung sehr klein ausfalle. Das halte er für problematisch.

Herr Nolte stimmt Herrn Müller in diesem Punkt zu. Ferner möchte Herr Nolte wissen, warum die Fläche am Ende der Verlängerung der Donauallee, wo eigentlich ebenfalls Wohnbebauung geplant sei, nun als Ausgleichsfläche für die Bebauung des Schillinggeländes vorgesehen werde.

Herr Fidler erläutert, dass es sich hierbei um einen mit der Bezirksregierung vereinbarten Kompromiss handele. Das Verhältnis zwischen bebaubarer Fläche auf dem Schillinggelände und Ausgleichsfläche betrage 11: 4, d. h., es werde wesentlich weniger Ausgleichsfläche gefordert als eigentlich für die Bebauung benötigt werde.

Hinsichtlich der Grundstücksgröße teilt Herr Fidler mit, dass es sich um einen Angebotsplan handele, der im Laufe des weiteren Verfahrens noch entwickelt werde.

Herr Müller macht darauf aufmerksam, dass auch der Altbestand in der Sennestadt berücksichtigt werden müsse. Wenn auf dem Schillinggelände relativ günstige Neubauten entstünden, werde es den Besitzern älterer Wohnhäuser schwer gemacht, ihre Immobilie zu veräußern.

Herr Fidler entgegnet, dass der Bebauungsplan offen lasse, wie groß die einzelnen Grundstücke sein sollen. Man wolle nicht schon von Anfang an eine zu starke Reglementierung einbringen.

Herr Nolte beantragt dann für die CDU-Fraktion eine Sitzungsunterbrechung, um das Problem der Ausgleichsflächen fraktionsintern zu besprechen.

Die Sitzung wird von 17.40 Uhr bis 17.46 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederbeginn stellt Herr Nolte für die CDU-Fraktion folgende Änderungsforderung:

Die für das Schillinggelände jetzt vorgesehenen Ausgleichsflächen an der Verlängerung der Donauallee sollen gegen Flächen im Bereich des nicht realisierten Bebauungsplanes „Württembergischer Allee“ getauscht werden.

Herr Müller erklärt, dass sich die SPD-Fraktion dieser Forderung anschließe.

Herr Fidler stellt daraufhin fest, dass es sich unter diesen Umständen bei der heutigen Vorstellung der Vorlage zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. I/St 50 „Wohnen und Arbeiten auf dem Schillinggelände“ lediglich um die sogenannte **1. Lesung** handeln könne. Die Verwaltung werde nun mit der Bezirksregierung erneut verhandeln müssen.
Die Beschlussfassung könne dann eben erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 9

Energetische Stadtsanierung Sennestadt - Ergebnis der Ausgangsanalyse und Ausblick auf mögliche Potenziale

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Herr Neugebauer, Sennestadt GmbH, und Herr Jung, Büro Stadtkonzepte Jung, Köln, berichten zum Tagesordnungspunkt.

Hierzu wurde allen BV-Mitgliedern zusammen mit der Einladung eine schriftliche Zusammenfassung des Berichtes übersandt.

Vorab teilt Herr Neugebauer mit, dass in Kürze alle privaten Sennestädter Hauseigentümer im Altbestand Angebotsmaterial sowie einen Fragebogen zur energetischen Sanierung ihres Gebäudes erhalten werden. Es handelt sich um die Fortführung des von der Stadt Bielefeld, der Stadtwerke Bielefeld GmbH und der Sennestadt GmbH gemeinsam initiierten Projektes zur „Energetischen Stadtsanierung Sennestadt“. Zusammen mit der Verbraucherzentrale NRW wurden drei Angebote für die jeweiligen Hauseigentümer vorbereitet.

Näheres kann dem Anschreiben an die Hauseigentümer entnommen werden.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 10

Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Überlassung von Schulräumen der Stadt Bielefeld an Dritte

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5109/2009-2014

Herr Müller, Leiter des Amtes für Schule, erläutert die Vorlage und die Gründe, die zur Änderung bzw. Neuregelung geführt haben.

Es entwickelt sich daraus eine kurze Diskussion.

Herr Markus Müller teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese die Vorlage so akzeptieren könne.

Herr Nolte beantragt für die CDU-Fraktion, diese Erläuterung der Vorlage nur als 1. Lesung zu betrachten und die Entscheidung darüber erst in einer späteren Sitzung zu treffen.

Frau Klemens hält fest, dass es üblich sei, dem zu folgen, wenn eine Fraktion die 1. Lesung einer Vorlage beantrage. Dann werde über die Vorlage eben erst in der Februarsitzung entschieden.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Grabe teilt mit, das Amt für Verkehr habe sich mit Schreiben vom 11.01.2013 bezüglich der Lichtsignalanlage (Schikane-Ampel) an der Straßeneinmündung L756 / Morsestraße erneut wie folgt geäußert.

Nachdem sich das Amt für Verkehr aufgrund der erhaltenen E-Mailanfrage durch die CDU-Fraktion mit der zuständigen Sachbearbeiterin beim Landesbetrieb Straßenbau NRW in Verbindung gesetzt hatte, wurde bei der Überprüfung der Lichtsignalanlage festgestellt, dass erneut ein Fehler an einem Infrarot-Detektor vorgelegen hat, der zu den nicht optimalen Verkehrsabläufen auf der L 756 führte. Der defekte Infrarot-Detektor wurde durch die Signalbaufirma am 08.01.2013 ausgetauscht.

Nach Auskunft der Sachbearbeiterin vom Landesbetrieb Straßenbau NRW ist der gewünschte bzw. fehlerfreie Verkehrsablauf an der Lichtsignalanlage wieder hergestellt. Der von der CDU-Fraktion geschilderte, nichtoptimale Verkehrsablauf sollte somit nicht mehr vorliegen.

Kenntnisnahme

Elke Klemens